

Syrien: Vom Bürgerkrieg zum regionalen Flächenbrand?

Stephan Rosiny

Am 21. August 2013 kam es zu einem folgenschweren Giftgasangriff auf Vororte von Damaskus, bei dem über 1.000 Menschen starben. Dreißig Monate nach Ausbruch des syrischen Aufstandes und zwei Jahre, nachdem dieser zum blutigen Bürgerkrieg eskalierte, stehen die USA und ihre Verbündeten deshalb vor der Entscheidung, militärisch direkt zu intervenieren.

Analyse

Durch einen von den USA geführten Militärschlag gegen Syrien könnte sich das komplexe Geflecht aus lokalen, regionalen und internationalen Akteuren und Interessen in Syrien nachhaltig verschieben. Die Konflikte werden sich dadurch aber kaum lösen lassen, sondern möglicherweise noch verschärfen.

- Auch im dritten Jahr des Aufstandes in Syrien gibt es keine erkennbaren Anzeichen für eine Lösung. Weder das Regime noch das breite Spektrum oppositioneller Kräfte scheinen in der Lage zu sein, den zerstörerischen Machtkampf für sich zu gewinnen. Vieles deutet darauf hin, dass es am Ende (fast) nur Verlierer geben wird.
- In den Syrienkonflikt sind zahlreiche externe Akteure involviert, die das Regime oder die verschiedenen Lager der Opposition finanziell, diplomatisch und militärisch unterstützen. So ist aus dem anfänglichen zivilen Aufstand ein Bürgerkrieg und aus diesem ein Stellvertreterkrieg geworden. Syrien ist heute der zentrale Schauplatz des Kampfes um die Neuordnung des Nahen Ostens nach dem „Arabischen Frühling“.
- Das Leiden der Zivilbevölkerung und die Zerstörungen sind unvorstellbar groß. Dennoch ist der Reflex, man müsse dem Morden nun endlich von außen mit Waffengewalt ein Ende setzen und die Täter bestrafen, aus juristischen, militärischen und politischen Gründen fragwürdig und möglicherweise kontraproduktiv.
- Eine Alternative wäre es, politisch massiv zu intervenieren und die Beteiligten zu drängen, ihren Konflikt mit nichtmilitärischen Mitteln zu bearbeiten und etwa ein verhandeltes Machtteilungsarrangement zu entwickeln.

Schlagwörter: Syrien, USA, Bürgerkrieg, Stellvertreterkrieg, Militärintervention, Arabischer Frühling

Syrien im Kontext des „Arabischen Frühlings“

In Syrien sind bis Anfang September 2013 über 110.000 Menschen gewaltsam ums Leben gekommen, darunter 40.000 Zivilisten. Zwei Millionen Flüchtlinge, davon mehr als eine Million Kinder und Jugendliche, leben mittlerweile in der Türkei, im Libanon, Irak, in Jordanien und Ägypten. Hinzu kommen über vier Millionen Binnenflüchtlinge. Somit musste fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung (22,5 Mio.) die Heimat verlassen. 1,2 Mio. Wohneinheiten sind zerstört, große Teile der Infrastruktur und viele kulturhistorische Schätze und archäologische Stätten sind in Mitleidenschaft gezogen worden.¹ Wie konnte der Syrienkrieg dieses ungeheure Ausmaß an Gewalt und Zerstörung erreichen? Welche Auswirkungen hat ein möglicher internationaler Militärschlag gegen das Regime von Baschar al-Asad? Und welche Optionen zur Beendigung der Kämpfe gibt es?

Der Aufstand in Syrien ist nur im Kontext des „Arabischen Frühlings“ zu verstehen, der seit Dezember 2010 die bestehende Ordnung autoritärer Herrschaft im Nahen Osten erschüttert. Als im Januar bzw. Februar 2011 der tunesische Präsident Ben Ali und der ägyptische Staatschef Mubarak entmachtet wurden, in Bahrain, Jemen und Libyen massive Protestbewegungen den Sturz der autokratischen Herrscher verlangten, schienen die Regime wie im Domino eines nach dem anderen zu stürzen. Syrien bildete zunächst eine Ausnahme: Der Aufruf zu einem „Tag des Zorns“ am 4. Februar 2011 in den sozialen Netzwerken Facebook und Twitter erzielte zwar 12.000 „likes“, aber anders als in den meisten arabischen Ländern blieben Anfang 2011 in Syrien nennenswerte Demonstrationen aus.

Zwei gegensätzliche Erklärungen lassen sich für den anfänglichen syrischen Ausnahmefall finden: Zum einen genoss Baschar al-Asad im Vergleich zu anderen arabischen Despoten eine vergleichsweise hohe Popularität, weil er deutlich Stellung gegen die im Nahen Osten unpopuläre Politik der USA und die israelische Besatzung arabischen Territoriums bezog. Auf der anderen Seite hatte Baschars Vater, Hafiz al-Asad, im Februar 1982 einen bewaffneten Aufstand im Land mit großer Brutalität niederschlagen lassen, was die Hemmschwelle für Proteste seitdem hoch hielt.

Mitte März 2011 kam es dennoch auch in Syrien zu ersten größeren Protestkundgebungen. Das Regime reagierte, wie befürchtet, mit massiver Repression, die allerdings wie bereits zuvor in Tunesien, Ägypten, Jemen und Libyen das Gegenteil des Beabsichtigten erreichte: Sie schuf beständig neue „Märtyrer“, deren Beerdigungen Anlass für erneute Proteste und Repression boten. Sie entfremdete die Bevölkerung und trieb immer mehr Menschen zu den Aufständischen: Nach den Jugendlichen (im syrischen Beispiel sogar Kindern) protestierten deren Eltern, Großfamilien und Clans, die Nachbarn, Dorf- und Stadtviertelbewohner.

Die Proteste blieben lange Zeit auf periphere Gebiete wie Dar`a und Städte wie Homs und Hama beschränkt (Leenders 2012). Die Opposition ist in Syrien tief in ideologische und politische Richtungen sowie in ethnisch-konfessionelle Gruppen gespalten, die sich in ihren Methoden, Bündnispartnern und Zielen stark voneinander unterscheiden. Einziges Bindeglied ist ihre gemeinsame Forderung nach dem Sturz von Baschar al-Asad. Dementsprechend reichen die Vorstellungen für die Zeit nach dem Regimesturz von liberal-demokratischen Entwürfen, unterschiedlich radikalen Plänen für eine islamische Herrschaft bis hin zu separatistischen Projekten.

Nach wie vor kann sich Asad allerdings auf die Unterstützung eines bedeutenden Teiles der Gesellschaft stützen. Die Armee und der Sicherheitsapparat blieben, anders als in Tunesien und Ägypten, auf Seiten des Herrschers, auch wenn es besonders seit Mitte 2011 häufig Desertionen gab. Die überzeugten Anhänger der „arabisch-sozialistischen“ Baath-Ideologie und der „Widerstandsachse“ sehen im Aufstand den Versuch der USA und Israels, die syrische Gesellschaft zu spalten und den Widerstand gegen das „amerikanisch-zionistische Projekt“ in der Region zu brechen. Profiteure des Regimes, wozu Teile der sunnitischen Bourgeoisie gehören, bangen um ihre Privilegien, mit denen sie in einer dirigistischen Wirtschaft für ihre Loyalität belohnt werden. Vor allem Mitglieder religiöser und ethnischer Minderheiten fürchten bei einem Sieg der Rebellen ein Erstarken des radikalen Islamismus und des arabisch-sunnitischen Chauvinismus.

Konfessionalisierung und Regionalisierung

Die syrische Gesellschaft weist eine besondere ethnisch-konfessionelle Vielfalt auf. Neben der sunnitisch-arabischen Bevölkerungsmehrheit (60-65%)

¹ Stand dieser Angaben ist der 4. September 2013; online: <<http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php>>, *Süddeutsche Zeitung*, 4. September 2013, online: <<http://archaeologik.blogspot.de/2013/09/syrien-vor-der-eskalation-august-2013.html>> (4. September 2013).

gibt es Alawiten (12%), Anhänger verschiedener christlicher Kirchen (10%), Kurden (10-15%), Druzen (3%), Zwölferschiiten (2%), Ismailiten, Yeziden und viele weitere kleine ethnische und konfessionelle Gemeinschaften. Im Staats- und Sicherheitsapparat sind Alawiten überrepräsentiert, während der Aufstand vorwiegend von sunnitischen Arabern getragen wird. Dies verstärkt die Konfessionalisierung der Feindbilder und strahlt als Konfliktmuster in die Region aus. Syrien ist mit dem Libanon, Jordanien, dem Irak, Palästina, der Türkei und den Golfmonarchien ethnisch-konfessionell, verwandtschaftlich, politisch sowie durch Arbeitsmigranten und Flüchtlinge eng verzahnt. Mitglieder ethnisch-konfessioneller Gemeinschaften, Stammesangehörige und Anhänger islamistischer Ideologien stehen sich grenzüberschreitend bei. Sie üben Einfluss auf den Konflikt in Syrien aus, indem sie Geld, Waffen und Kämpfer an „ihre“ Glaubensbrüder liefern. Die Ereignisse in Syrien beeinflussen umgekehrt die Nachbarländer, in denen die Gegensätze zwischen Sunniten und Schiiten, Arabern und Kurden, Islamisten und Säkularen teils identische politische Frontlinien markieren.

Ein entscheidender Faktor dieser Entwicklung ist, dass sich die Bewohner primär mit ihrer eigenen „Schicksalsgemeinschaft“, meist einer ethnischen, verwandtschaftlichen oder konfessionellen Gemeinschaft, oder einer exkludierenden politischen Ideologie wie Ethnonationalismen und Islamismus, hingegen deutlich weniger mit der gemeinsamen Staatsnation identifizieren. Sie bilden starke sub- und transnationale „Wir-Gruppen“, deren Zuschreibung von kollektiver Identität in der Regel kein Akt des freien Willens ist, sondern „in Abwehr, Distanzierung, Anlehnung oder Übernahme auf Fremdzuschreibungen“ geschieht (Elwert 1989: 26). Solche Gruppen bieten ihren eigenen Mitgliedern in Zeiten der Krise Solidarität, Schutz und Identität, während sie Kritik und Angriffe von außen als bedrohlich und nicht selten als existentielle Gefahr deuten. Selbst Anhänger verschiedener ideologischer Richtungen des Sozialismus, Nationalismus und Islamismus begegnen sich häufig mit essentialistischen Feindbildern und einem rigiden Alleinvertretungsanspruch.

Diese Identitätsgemeinschaften sind im Nahen Osten relevant, weil die Staaten und Gesellschaften vergleichsweise unterentwickelt sind. Ihnen fehlen formale Strukturen und Institutionen, die die Bewohner unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem religiösen Glauben als gleichberechtig-

te Staatsbürger behandeln und in ein verlässliches Gefüge von Regeln und Institutionen einbinden. Funktionen des modernen Staates wie Sicherheit, Rechtsprechung und Konfliktmediation, Bildung und Erziehung, soziale Dienstleistungen oder die Regulierung der Märkte erfüllen viele Regime nur rudimentär. Sicherheitsdienste dienen mehr der Kontrolle als dem Schutz der Bevölkerung. Staatliche karitative Hilfe ist abhängig vom Wohlverhalten der Empfänger. Die politische und ökonomische Elite setzt sich aus nur wenigen Familien zusammen. Die Menschen erhalten deshalb Chancen, Ressourcen und Information weniger über staatliche Institutionen, allen gleichermaßen zugängliche zivilgesellschaftliche Einrichtungen und kritische Medien, sondern eher über Netzwerke der eigenen „Wir-Gruppe“. Stämme, Familienclans, Religionsgemeinschaften, aber auch herrschende Parteien wie die syrische Baath-Partei treten als geschlossene Kollektive auf, die nach Macht streben und ihre jeweils eigene „Wahrheit“ produzieren und verkünden. Der Staat ist hier die „Beute“, nicht das Regulativ innergesellschaftlicher Konkurrenz. Im syrischen Aufstand treten diese Strukturen deutlich zutage und trugen zu dessen gewaltsamer Eskalation bei. Daher könnte der Bürgerkrieg in Syrien schlimmstenfalls der Vorbote einer neuen regionalen Krise werden. Anzeichen finden sich bereits im Regierungssturz in Ägypten Anfang Juli 2013 und seinen gewaltsamen Folgen, dem fragilen Staatsbildungsprozess in Libyen und Tunesien, fortgesetzten Unruhen in Bahrain und drohenden Bürgerkriegen im Libanon und Irak.

Der Verlauf des „Arabischen Frühlings“, der im Westen anfangs noch große Hoffnungen auf eine Demokratisierung der Region weckte, spiegelt diese Ambivalenz wider: Einerseits sind die meisten Menschen enttäuscht und wütend über den ungerechten, korrupten und entwürdigenden Zugang zu Ressourcen und Chancen unter autoritären Regimen. „Brot, Freiheit und Würde“ war folglich die zentrale Parole der Protestierenden. Andererseits deuten sie die Ursachen der strukturellen Probleme als das persönliche Versagen eines Herrschers, als die kollektive Diskriminierung ihrer eigenen Gemeinschaft oder als die moralische Verfehlung anderer Ideologien und Glaubensrichtungen. Sobald die schlechten Führer entmachtet sind, die eigene Gruppe mehr Vorrechte genießt und die „wahre“ Lehre an der Macht ist, erhoffen sie sich eine sofortige Besserung ihrer Lage. Die aktuellen Entwicklungen in Ägypten zeigen, wie schnell dies zu Enttäuschung und Gewalt führen kann.

Vom friedlichen Protest zum Stellvertreterkrieg

Die Proteste gegen das Regime von Baschar al-Asad blieben im ersten halben Jahr – von wenigen Ausnahmen abgesehen – friedlich. Das Regime setzte hingegen von Anfang an unverhältnismäßige Gewalt gegen Zivilisten ein und hoffte, den zunächst lokal begrenzten Protest im Keim ersticken und andernorts abschrecken zu können (Bank und Mohns 2012). Die Proteste erlebten ihren ersten Höhepunkt im Sommer 2011, als einige Angehörige der Sicherheitskräfte den Schießbefehl verweigerten und desertierten. Sie und weitere Freiwillige formierten sich in der „Freien Syrischen Armee“ (FSA), die eine bewaffnete Rebellion begann, einige Stadtviertel von Homs und kurze Zeit später von Hama unter ihre Kontrolle brachte und „befreite“. Trotz des Einsatzes von Panzern, Artillerie, Kampfflugzeugen und Raketen gelang es dem Regime immer weniger, die an verschiedenen Stellen des Landes ausbrechenden bewaffneten Aufstände niederzuwerfen. Einen bedeutenden Anteil an dieser Machtverschiebung hatten kampferprobte ausländische Milizionäre, insbesondere radikal-islamistische Jihadisten, die seit Anfang 2012 in die Kämpfe gegen das Regime eingriffen und dem Aufstand zunehmend ein religiöses Gepräge gaben (International Crisis Group 2012; Lund 2012). Ihre Anzahl wird auf 6.000-15.000 Kämpfer geschätzt; sie selbst geben ihre Stärke mit 30.000 an.² Sie kommen aus Jordanien, dem Irak, Libanon und der Türkei, aus Afghanistan, Nordafrika, von der Arabischen Halbinsel, aus dem Kaukasus, Südostasien, und zu rund einem Zehntel (600-1.000) aus Europa. Syrien ist für sie aktuell das Zentrum eines globalen „Heiligen Krieges“, in dem sie gegen „unislamische“ Regime, „den Westen“ und ganz allgemein gegen alles und jeden kämpfen, der ihren ideologisch verengten und militant radikalisierten Vorstellungen vom Islam widerspricht.

Seit Mitte 2012 kam es darüber hinaus vermehrt zu Kämpfen innerhalb der Opposition. Syrien zerfiel zunehmend in einen Flickenteppich, in dem verschiedene Gewaltakteure ihre eigenen Territorien kontrollieren und eine quasistaatliche Ordnung errichten. Mitte 2013 existieren geschätzte 1.200 bewaffnete Gruppen. Es handelt sich bei den meisten nicht um straff organisierte Verbände, sondern eher um lose Netzwerke. Sie rekrutieren

schnell neue Mitglieder, die sie aber auch wieder an andere Gruppen verlieren können. So verloren die „gemäßigten“ Rebellenverbände der FSA Kämpfer an jihadistische Netzwerke wie die mit al-Qaida verbündete Nusra-Front, die besser ausgerüstet und finanziert sind, militärisch effizient agieren und mit einer klaren, radikalen Ideologie einheitlich auftreten. Seit im Sommer 2013 kurdische Verbände im Nordosten für ihre Region Autonomie beanspruchen und die Ölvorkommen kontrollieren, werden sie von der Nusra-Front angegriffen. Das Regime trug seinerseits zur Konfessionalisierung bei, indem es etwa die vorwiegend aus Alawiten, einer Untergruppe des schiitischen Islam, bestehende „Geister“-Miliz (Schabiha) die brutale Schmutzarbeit der Aufstandsbekämpfung verrichten ließ.

Auch wenn der Charakter und Umfang der Kämpfe längst die Kriterien eines Bürgerkrieges erfüllen, lehnen die Beteiligten diese Bezeichnung ab. Das Regime sieht sich rechtmäßig einen von „Terroristen“ geführten Aufstand niederschlagen. Die Mitglieder der FSA griffen zu den Waffen, weil sie friedlich protestierende gegen die Angriffe der Sicherheitskräfte verteidigen wollten. Für beide Seiten banalisiert der Terminus „Bürgerkrieg“ daher die Kämpfe, weil er ein Gleichgewicht der Verantwortung suggeriert. Die Bezeichnung als Bürgerkrieg hätte zur Konsequenz, dass sich die Kämpfer an das internationale Kriegsrecht halten und beispielsweise gefangengenommene Kämpfer respektvoll behandeln müssten, woran sich weder das Regime noch die Opposition halten.

Die Kämpfe weiteten sich durch die Beteiligung ausländischer staatlicher und nichtstaatlicher Akteure immer mehr zum Stellvertreterkrieg aus:

- zwischen Iran, Saudi-Arabien, Katar und der Türkei um regionale Vormacht;
- zwischen Sunniten und Schiiten um die konfessionelle Dominanz;
- zwischen der Türkei, Saudi-Arabien, Katar und Ägypten unter Mursi um die Rolle als „sunnitische“ Führungsmacht;
- zwischen Israel und Iran um das Existenzrecht Israels oder Palästinas sowie um das iranische Nuklearprogramm;
- zwischen verschiedenen Richtungen des sunnitischen Islamismus (der moderateren Muslimbruderschaft, dem fundamentalistischen Salafismus und dem militanten Jihadismus) um religiöse Deutungshoheit;

² Syria's Western Jihadists, *The Daily Beast*, 4. August 2013, online: <www.thedailybeast.com/witw/articles/2013/08/04/western-jihadists-head-to-syria-to-fight.html> (2. September 2013).

- zwischen Arabern, Kurden, Türken und Persern um kulturelle Vor- bzw. Sonderrechte, und nicht zuletzt
- zwischen den beiden Weltmächten USA und Russland um regionalen und globalen Einfluss.

In Syrien ringen all diese Akteure um die grundsätzliche Neuordnung des Nahen Ostens nach dem „Arabischen Frühling“. Mehrere Staaten greifen ein, indem sie Geld, Waffen, Militärtraining, Milizionäre, logistische Hilfe und diplomatische Rückendeckung liefern. Das syrische Regime wird von Russland, China und Iran sowie der nichtstaatlichen libanesischen Hisbollah unterstützt. Aktiv auf Seiten der Rebellen stehen die Türkei, Saudi-Arabien, Katar, die USA, Frankreich, Großbritannien, Jordanien und Ägypten unter Mursi. Hinzu kommen ausländische Privatfinanziere und nichtstaatliche sunnitische, kurdische und schiitische Milizen, die unterschiedliche politische Lager in Syrien unterstützen. Israel intervenierte unmittelbar in die Kämpfe, indem es mehrere Luftschläge gegen mutmaßlich militärische Einrichtungen richtete. Umgekehrt greifen die Konflikte immer häufiger auf Nachbarländer über: Syrische Flüchtlinge bringen ihre traumatischen Erfahrungen und ihre Sicht der Dinge mit, was politische und ethnisch-konfessionelle Gegensätze in den Aufnahmeländern verstärkt. Waffen und Kämpfer gelangen aus der Türkei, aus Jordanien, dem Libanon und Irak nach Syrien, während Kämpfer mit polarisierten Feindbildern, religiöser Radikalisierung und Erfahrung im Guerillakampf, mitunter aber auch mit Waffen, wieder (wie im Fall Tunesiens) in ihre Heimatländer zurückkehren, was dort politische Gegensätze militarisiert. Im Libanon und Irak stehen sich Mitglieder ähnlicher ethnisch-konfessioneller Gemeinschaften gegenüber wie in Syrien: Sunniten und Schiiten, Araber und Kurden. In beiden Ländern kommt es längst zu Bombenanschlägen und bewaffneten Kämpfen zwischen Akteuren der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

Sowohl das Regime als auch die Aufständischen setzen nach wie vor darauf, den Krieg militärisch für sich zu entscheiden. Beide Seiten sind derzeit offenbar noch zu stark, um besiegt zu werden, aber zu schwach, um selbst siegen zu können. Jede Stärkung der einen Seite hat eine Aufrüstung der anderen durch deren Verbündete zur Folge. Sunniten, Schiiten und Kurden aus den Nachbarländern kommen schon jetzt ihren Glaubensbrüdern und Landsleuten in Syrien zu Hilfe. Eine „Sieglösung“ einer Seite über die andere hätte verheerende Aus-

wirkungen auf die gesamte Region, da sie zu einer weiteren Eskalation und Militarisierung der ethnisch-konfessionellen Gegensätze führen würde.

Der Chemiewaffeneinsatz als Wendepunkt

Vermutlich würden der Bürgerkrieg und der Stellvertreterkrieg unvermindert weitergehen, wenn es nicht am 21. August 2013 zum massiven Einsatz von Giftgas in Vororten von Damaskus gekommen wäre. Viele Indizien deuten auf eine Täterschaft aus den Reihen des Regimes hin, während manche Fragen unbeantwortet bleiben, insbesondere die nach der genauen Verantwortung und den Motiven. Eine Täterschaft von Rebellen, wie es das syrische Regime nach wie vor behauptet, schien durchaus plausibel, da auch einige Gruppen von ihnen ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft bewiesen haben. Außerdem hätten sie ein Motiv für den Einsatz, nämlich den Westen zu einer militärischen Strafaktion zu drängen. Da die Regierungstruppen seit Mai 2013 deutliche Geländegewinne erzielten, ist ihr Einsatz von Chemiewaffen nicht recht nachvollziehbar. Auch musste Asad damit rechnen, dass ein Chemiewaffeneinsatz die von US-Präsident Obama am 20. August 2012 gezogene „rote Linie“ deutlich überschreiten würde. Schließlich passt es nicht zu Asads ausgeprägtem Machterhaltungsinstinkt, den kurz zuvor ins Land gekommenen UN-Inspektoren für Chemiewaffen eine solche „Smoking Gun“ vor den Toren von Damaskus zu servieren.

Die USA werden aller Wahrscheinlichkeit nach Militärschläge gegen das syrische Regime ausführen. Als Gründe für die Intervention werden genannt: eine Bestrafung für den Giftgaseinsatz, um künftige Einsätze durch Abschreckung zu verhindern sowie Druck auf Baschar al-Asad für Friedensverhandlungen oder zum Rücktritt auszuüben. Offiziell bestreitet Obama zwar die Absicht eines Regimesturzes, als Konsequenz ist er aber nicht auszuschließen. Die formulierten Kriegsziele können jedoch durch einen Militärschlag kaum erreicht werden. Sie laufen sogar Gefahr, ins Gegenteil umzuschlagen:

Ist eine Bestrafung und „Vergeltung“ für den Chemiewaffeneinsatz legal?

„Bestrafung“ setzt ein Gerichtsverfahren voraus. Für die Verurteilung von völkerrechtlich relevanten Verbrechen sind allein der UN-Sicherheitsrat und der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag zuständig. Eine Militäroperation ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates wäre völker-

rechtlich umstritten und ein Akt der Rache, aber keine Bestrafung. Für eine Strafmaßnahme müssen außerdem die Schuldigen eindeutig identifiziert und gezielt bestraft werden können. Es ist zwar eher unwahrscheinlich, aber auch nicht auszuschließen, dass Teile der Armee eigenmächtig gehandelt haben. Was geschähe, wenn unbeabsichtigt zahlreiche Zivilisten als „Kollateralschaden“ umkämen, etwa weil Gefangene in Militärstützpunkten festgehalten werden und Militäreinheiten in Wohngebieten stationiert sind?

Können die Militärschläge Zivilisten vor künftigen Giftgasangriffen schützen?

Eine direkte Ausschaltung der Chemiewaffen durch eine Bombardierung der Depots lässt sich durch Militärschläge nicht bewerkstelligen, da Giftgas entweichen und Menschen töten könnte. Auch könnten sich unkontrollierbare Gruppen der nicht vollständig zerstörten Kampfstoffe bemächtigen. Ein erneuter Giftgaseinsatz kann also nur durch die abschreckende Drohung verhindert werden, in diesem Fall erneut zu bombardieren. Das nächste Mal, so lässt sich vermuten, wäre die Hemmschwelle zum Eingreifen geringer, damit aber auch die Verlockung für Rebellen größer, einen Regierungseinsatz von Chemiewaffen zu fingieren. Möglicherweise verliert das Regime durch die Militärschläge die zentrale Befehlsgewalt und Kontrolle über die Chemiewaffen – so sie diese noch hat. Gefährlich wäre es jedenfalls, wenn Jihadisten Chemiewaffendepots erobern könnten.

Schwächen die Militärschläge Asad und zwingen ihn zu Verhandlungen?

Das syrische Regime wird nach der militärischen Demütigung vermutlich Verhandlungen ablehnen und in seiner Bunkermentalität verharren, da sich sein Weltbild einer „amerikanisch-israelischen Verschwörung“ bestätigen würde. Teile der fragmentierten und in ihren Forderungen zerstrittenen Opposition werden sich durch das ausländische militärische Eingreifen hingegen ermuntert sehen, Verhandlungen mit dem Regime abzulehnen und ihre Maximalforderung nach einem Sturz von Asad aufrechtzuerhalten. Der Schlüssel, Asad an den Verhandlungstisch und zu Konzessionen zu bringen, liegt in Russland und Iran. Es ist abwegig zu glauben, Russland werde nach der negativen Erfahrung im Fall Libyen³ einem Militärschlag im UN-Sicherheitsrat zustimmen.

3 Durch die UN-Sicherheitsratsresolution 1973 beauftragt,

Sollte das syrische Regime militärisch gestürzt werden?

Eine massive Machtverschiebung zu Ungunsten des Regimes oder gar dessen „Enthauptung“ durch Luftschläge können nur politisch Unbedarfte fordern. Wie die Kriege in Afghanistan seit 2001, im Irak seit 2003 und der Sturz Qaddafis 2011 zeigen, ist es vergleichsweise einfach, mit überlegener Waffentechnologie ein Regime zu stürzen, aber fast unmöglich, das fragmentierte Land anschließend zu regieren, geschweige denn zu befrieden. Syrien würde zum nächsten „Gescheiterten Staat“ in der Region werden, in dem sich Warlords in Kleinstaaten einrichten und von dessen Territorium aus Jihadisten ihre „Heiligen Kriege“ in Nachbarländer und in die Welt tragen werden.

Ein Militärschlag wird das Leid der Zivilbevölkerung nicht verringern, sondern den Krieg verlängern, die Kontrolle der Chemiewaffen erschweren, Verhandlungen über eine politische Lösung beeinträchtigen und eine regionale Eskalation fördern. Die Debatten um ein militärisches Eingreifen, um Vergeltung, Bestrafung, Glaubwürdigkeitsverlust und Regimesturz verkennen den grundsätzlichen Charakter des Syrienkonfliktes: Es geht hier nicht um den Verlust einer Provinz wie im Kosovokrieg 1999 für Jugoslawien, auch nicht um den Machtverlust einer kleinen Elite wie in Tunesien und Ägypten 2011. Vielmehr sehen sich Regime und Opposition in einem „existentiellen Kampf“. Das Regime möchte „den Terrorismus“ ausmerzen – und meint die Opposition. Radikale Rebellengruppen drohen mit der Vertreibung und Ausrottung ganzer Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Alawiten und Christen. Ein territorialer Zerfall Syriens in ethnische Kleinstaaten zum Schutz der Minderheiten würde neue Minderheiten kreieren und hätte ethnische Säuberungen und lang anhaltende Grenzkonflikte zur Folge. Diese Entwicklungen werden sich durch eine militärische Intervention, so „chirurgisch“ diese auch sein mag, nicht verhindern lassen.

Alternativen zum Militärschlag

Die Alternative zum Militärschlag kann sicherlich nicht Untätigkeit sein. Vielmehr ist es höchste Zeit, die Blockadehaltung des Regimes und der

den „Schutz von Zivilisten“ zu sichern, hatten die Truppen von NATO und arabischen Staaten ihr Mandat deutlich ausgeweitet, indem sie massiv auf Seiten der Aufständischen in die Kampfhandlungen eingriffen und diesen halfen, Qaddafi zu stürzen. Das Vertrauensverhältnis zwischen den USA und Russland ist nicht zuletzt wegen dieses nicht mandatierten Regimesturzes beschädigt.

Opposition sowie von deren Unterstützern aufzubrechen und eine politisch verhandelte Lösung anzustreben. Der massive moralische Schaden für das Regime durch den Giftgaseinsatz könnte dafür genutzt werden, ein sofortiges Ende der Kämpfe zu verlangen und umgehend Friedensverhandlungen aufzunehmen. Russland und Iran haben sich klar gegen die Legitimität von Chemiewaffeneinsätzen ausgesprochen, zumal Iran im Ersten Golfkrieg (1980-1988) selbst Opfer von irakischen Chemiewaffeneinsätzen geworden war, seinerzeit mit Unterstützung der CIA (Aid und Harris 2013). Beide müssten Assad verdeutlichen, dass es auch für sie eine „rote Linie“ gibt und sie nicht mehr zu bedingungsloser Unterstützung bereit sind. Iran, der irakischen Regierung unter Nuri al-Maliki und der schiitischen Hisbollah im Libanon schadet die konfessionalistische Zuspitzung zwischen Sunniten und Schiiten in Syrien massiv, denn dessen meiste Opfer sind Schiiten. Druck auf das syrische Regime werden sie aber nur ausüben, wenn auch ihre Interessen berücksichtigt werden. Umgekehrt werden sie (zu Recht) verlangen, dass insbesondere die Türkei und die arabischen Golfstaaten die Opposition drängen, sich ebenfalls auf eine verhandelte Lösung einzulassen, ohne den Machtverzicht Asads zur Vorbedingung zu machen, und vor allem den Jihadisten jegliche Unterstützung durch Waffen, Geld und Durchgangswege zu entziehen.

Das komplexe Geflecht aus Akteuren und Interessen in Syrien gleicht einem Mikadospiegel: Wird ein Teil bewegt, kann dies weitreichende Folgen auf alle anderen haben und das gesamte Gebilde zum Einsturz bringen. Für eine Konfliktbearbeitung ist es deshalb notwendig, die einzelnen Teile in ihren Wechselwirkungen zu berücksichtigen. Erst dann kann eine nachhaltige Lösung erarbeitet werden. Hierfür gibt es keine Patentrezepte, aber doch Vorbilder, Erfahrungen und Experten wie den UN-Gesandten Lakhdar Brahimi. Syrien könnte dabei vom Nachbarland Libanon lernen, in dem ein fünfzehnjähriger Bürgerkrieg (1975-1990) am Ende mit der Kompromissformel „Kein Sieger, kein Besiegter“ endete. Eine proportionale Machtteilung zwischen ethnisch-konfessionellen Gemeinschaften wie im Libanon ist kein Wundermittel, um die gesellschaftliche Spaltung in Herkunftsgemeinschaften zu überwinden (Rosiny 2011). Deshalb kann sie nur als Instrument der unmittelbaren Krisenintervention dienen, um den Gemeinschaften die Angst vor Exklusion und Vernichtung zu nehmen, eine Partizipation aller Gemeinschaften an der Macht zu garantieren und

ihre Konkurrenz politisch zu regulieren. In einem weiteren Schritt müssen integrative staatliche Institutionen aufgebaut und Nichtregierungsorganisationen gefördert werden, die eine überkonfessionelle Zusammenarbeit begünstigen und allmählich Vertrauen zwischen den Kontrahenten wiederherstellen. Mit der Zeit könnte so ein entwickelter, funktionsteiliger Staat entstehen, der seine Bewohner als gleichberechtigte Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten behandelt (Rosiny 2013a; 2013b).

Literatur

- Aid, Matthew M., und Shane Harris (2013), Exclusive: CIA Files Prove America Helped Saddam as He Gassed Iran, in: *Foreign Policy*, 26. August, online: <www.foreignpolicy.com/articles/2013/08/25/secret_cia_files_prove_america_helped_saddam_as_he_gassed_iran?page=full> (6. September 2013).
- Bank, André, und Erik Mohns (2012), Die syrische Revolte: Protestdynamik, Regimerepression und Internationalisierung, in: Annette Jünemann und Anja Zorob (Hrsg.), *„Arabisches Erwachen“: Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und in Nordafrika*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 85-106.
- Elwert, Georg (1989), *Nationalismus und Ethnizität: Über die Bildung von Wir-Gruppen, Ethnizität und Gesellschaft*, Occasional Papers, 22, Berlin.
- International Crisis Group, (2012), Tentative Jihad: Syria's Fundamentalist Opposition, *Middle East Report*, 131, online: <[www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle East North Africa/Iraq Syria Lebanon/Syria/131-tentative-jihad-syrias-fundamentalist-opposition](http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/Middle_East_North_Africa/Iraq_Syria_Lebanon/Syria/131-tentative-jihad-syrias-fundamentalist-opposition)> (5. September 2013).
- Leenders, Reinoud (2012), Collective Action and Mobilization in Dar'a: An Anatomy of the Onset of Syria's Popular Uprising, in: *Mobilization*, 17, 4, 419-434.
- Lund, Aron, (2012), *Syrian Jihadism*, UIBrief, 13, Stockholm, online: <www.ui.se/upl/files/77409.pdf> (5. September 2013).
- Rosiny, Stephan, (2011), *Religionsgemeinschaften als Verfassungssubjekte: Libanon als Modell für Nahost?*, GIGA Focus Nahost, 4, online: <www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1104.pdf> (5. September 2013).
- (2013a), *Power Sharing in Syria: Lessons from Lebanon's Experience*, GIGA Working Papers, 223, Hamburg, online: <www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/wp223_rosiny.pdf> (5. September 2013).
- (2013b), *Power Sharing in Syria: Lessons from Lebanon's Taif Experience*, in: *Middle East Policy*, XX, 3, 41-55.

■ Der Autor

Dr. Stephan Rosiny ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Islamismus, ethnisch-konfessionelle Konflikte und politische Systeme im ostarabischen Raum. Er leitet ein Forschungsprojekt zu „Machtteilung in multiethnischen Gesellschaften des Nahen Ostens“, das von der Volkswagen-Stiftung gefördert wird.

E-Mail: <rosiny@giga-hamburg.de>, Webseite: <<http://staff.giga-hamburg.de/rosiny>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden im Forschungsteam „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ politische Transformationsprozesse, die Bedeutung von Wahlen sowie das Zusammenspiel von Regierung und Opposition vergleichend analysiert. Forschungen zu Machtteilung in multiethnischen Gesellschaften finden am GIGA im Rahmen des Forschungsteams „Kriegs- und Friedensprozesse“ innerhalb des GIGA Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt und Sicherheit“ statt.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bank, André, und Morten Valbjørn (2012), *The New Arab Cold War: Rediscovering the Arab Dimension of Middle East Regional Politics*, in: *Review of International Studies*, 38, 1, 3-24.

Bank, André, und Eric Mohns (2012), *Syrian Revolt Fallout: End of the Resistance Axis?*, in: *Middle East Policy*, 19, 3, 25-35.

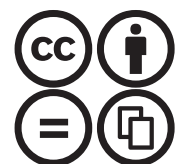
de Juan, Alexander, und André Bank (2013), *The Effects of Regime Cooptation on the Geographical Distribution of Violence: Evidence from the Syrian Civil War*, GIGA Working Papers, 222, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Rosiny, Stephan (2011), *Ein Jahr „Arabischer Frühling“: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Rosiny, Stephan (2012), *Konflikt und Machtteilung in fragmentierten Gesellschaften: Syrien, Bahrain, Libanon und Irak im Vergleich*, in: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) u.a. (Hrsg.), *Friedensgutachten 2012*, Münster: LIT, 249-262.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM